

# **Postwachstumsgesellschaft**

Konzepte für die Zukunft

Herausgegeben von

**Irmi Seidl und Angelika Zahrt**

Metropolis-Verlag  
Marburg 2010

# Demokratie, gleichberechtigte Bürgerschaft und Partizipation

*Claudia von Braunmühl*

## *Zusammenfassung*

Die Diskussion über die demokratische Gestaltung einer Postwachstums-gesellschaft steckt noch in den Anfängen. Die vorhandenen theoretischen und handlungspraktischen Ansätze weisen auf die Notwendigkeit demokratischer Deliberation hin, also auf Formen umfassender bürgerschaftlicher Beratung und Entscheidungsfindung. Diese müssen Raum bieten für die Bearbeitung der Widerstände, die auf dem Weg zu einer Postwachstumsgesellschaft zu erwarten sind. Zugleich müssen von der lokalen bis zur internationalen Ebene Formen von Partizipation gefunden werden, die einen wachstumsunabhängigen Pfad der Gesellschaft ermöglichen und begleiten.

Seit der Club of Rome 1972 mit seinem Bericht „Die Grenzen des Wachstums“ (Meadows et al. 1972) die Menschen zunächst verschreckte, dann langsam zum Nachdenken brachte, verfügen wir über eine anschwellende Fülle von Literatur, die mit vielfältigen Argumenten die in den westlichen Industriegesellschaften gängige Annahme infrage stellt, Wirtschaftswachstum könne und solle beständig weitergehen (siehe z.B. Daly 1999, Biesecker et al. 2000, Jackson 2009). In jüngerer Zeit werden die vorherrschenden Produktions- und Konsummuster v.a. vor dem Hintergrund der Klimakrise, der zur Neige gehenden Rohstoffvorräte und der abnehmenden Fähigkeit der Erde, Schadstoffe zu absorbieren, hinterfragt.

Allerdings haftet vielen dieser Darlegungen ein gewisser mechanistischer und technizistischer Zug an. Die Gefahren des „Weiter So!“ werden mit großer Dringlichkeit ausgemalt, vorhandenes Veränderungspotenzial wird aufgezeigt und vorgerechnet und intelligentes Umsteuern

oder ethisch motivierte Umkehr angemahnt. Was dem geforderten Paradigmenwechsel allzu selten beigegeben wird, das ist eine Auseinandersetzung mit der Frage, wie er sich mit den menschenrechtlichen Grundvereinbarungen – Freiheit, Gleichheit, individuelle Entfaltung und demokratische Selbstbestimmung – verbindet. Häufig wird in durchsichtigem Status-quo-Interesse das Schreckensbild einer Ökodiktatur beschworen, die mittels politischer Vorschriften oder durch gesellschaftlichen Druck den Menschen Verzicht auf die Befriedigung ihrer materiellen Bedürfnisse und auf ihre an Wachstum gebundenen Lebensvorstellungen abverlangt. Eine positiv gewendete Debatte, die Phantasieräume eröffnet, in denen wir neu vermessene Lebenssphären abschreiten, im Weniger an Gütern und Geschwindigkeit ein Mehr an Ermöglichung von Selbstentfaltung erkennen und Lust auf aktives Mitgestalten gewinnen könnten, steckt noch in den Anfängen.

Wenn die BürgerInnen am Um- und Rückbau der Wachstumsdynamik umfanglich teilhaben können, wird ihnen der Wandel nicht als aufgezwungene Verzichtleistung begegnen. Lebensweltliche, milieuspezifische und kulturelle Einbettungen und Sinnstiftungen werden unter Veränderungsdruck geraten. Gerade deswegen müssen sie voll berücksichtigt werden. Auf die grundlegenden demokratischen Fragen – „Wer bestimmt über Technologieentwicklung, Investition und Produktion?“, „Wer verfügt über die entsprechenden Mittel und den Zugang zu dem erforderlichen Wissen?“, „Wer sichert die Nachhaltigkeit eines wachstumsmindernden Pfades?“ – gibt es noch kaum auch nur annähernd vertrauens-erweckende Antworten.

### *1 Suchbewegungen*

Anfänge einer nachdenklichen Diskussion und theoretische wie handlungspraktische Ansätze lassen sich gleichwohl ausmachen. Allenthalben finden wir Debatten über das gute Leben, Suffizienz, vorsorgendes Wirtschaften, eine solidarische Ökonomie und die Umgestaltung von Bildungsprozessen (siehe dazu den Beitrag von C. Ax in diesem Band), die jeweils demokratiethoretische Aspekte aufweisen. Die in Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften, alternativen Geldsystemen, regionaler Energieversorgung, Genossenschaften, selbst verwalteten Betrieben u.Ä. praktizierten Ansätze einer solidarischen Ökonomie versuchen, sich diesen

Grundsätzen anzunähern. Die Beteiligten greifen dabei Erfahrungen auf, die in gesellschaftlichen Kämpfen für die Möglichkeit eines solidarischen Miteinanders gemacht wurden – Erfahrungen mit Anstrengungen, die ein grundlegend anderes Verhältnis zur außermenschlichen Natur einschließen und sich Konkurrenz und Wachstumszwang zu entziehen suchen. Zudem kommen hier Denkanstöße zum Tragen, die sich einer fundamentalen Kritik an Umweltzerstörungen und sozialen Klüften verdanken; Probleme, die sich mit intensivierten Wachstumsanstrengungen eben gerade nicht beantworten lassen. In jedem Fall geht es darum, eine zerstörerische Dynamik zu überwinden und sich einen demokratisch strukturierten politischen Prozess neu anzueignen (siehe auch BUND et al. 2008).

Die jüngeren Debatten zu den Konturen einer Postwachstumsgesellschaft, zu *de-growth* resp. *décroissance*, gehen in der Tat davon aus, dass es mit ökonomisch-technischen Skizzen eines weniger wachstumsabhängigen Wirtschaftspfades nicht getan sein kann: Die demokratische Gestaltung dieses Pfades muss integral mitgedacht werden (Latouche 2007, Cheynet 2008). Das setzt die Einbettung in die Vision einer vom Wachstumszwang befreiten, gerechten Gesellschaft voraus. Wiederkehrende zentrale Eckpunkte sind dabei: Relokalisierung wirtschaftlichen Handelns, Umbau der Steuer- und Sozialsysteme, Umverteilung und Umstrukturierung von Arbeit einschließlich des vollen Einbezugs der Sorgearbeit, demokratische Entscheidungsmodalitäten über die Entwicklung und den Einsatz von Technologien, ein breit gefächertes Spektrum von Partizipationsmodellen, die ihrem jeweiligen Gegenstand gerecht werden, und ein in den Menschenrechten begründeter, auf Globalität bezogener normativer Rahmen.

Aus dem reichen Fundus langjähriger demokratietheoretischer Debatten können ebenfalls Markierungen gewonnen werden. Zu Zeiten der Globalisierung, in denen nationale Parlamente an Entscheidungsgewalt einbüßen, politische Entscheidungsprozesse zunehmend privatisiert und informalisiert werden und politische Parteien an Bindungskraft verlieren, wird die parlamentarische Repräsentation den demokratischen Ansprüchen von Bürgerschaftsstatus und Volkssouveränität nicht (mehr) gerecht. Zugleich wird zunehmend deutlich, dass die scheinbaren Sachgesetzlichkeiten des wissenschaftlich-technischen Fortschritts politisch sind und als solche öffentlicher Debatte und Entscheidung unterliegen sollten. Der Begriff der Deliberation ist daher stärker in das Zentrum der Debatte gerückt. Er bezeichnet Formen einer umfassenden bürgerschaftlichen Bera-

tung und Entscheidungsfindung, die über den parteipolitischen, parlamentarischen Prozess hinaus alle Bereiche der Wirtschafts- und Gesellschaftsorganisation umschließt, dabei zugleich auch auf die verfasste Demokratie und das Parteiensystem selbst zurückwirkt (Lösch 2005).

## 2 *Demokratische Deliberation*

Über die Frage, was Deliberation genau bedeuten sollte, wird intensiv gestritten. Gemeinsamkeiten existieren aber. Im diskurstheoretisch grundierten Konzept von deliberativer Demokratie wird Demokratie zur Lebensform und begibt sich auf die Suche nach neuen Gesellschaftsverträgen und Formen neuer politischer Gemeinschaftsbildung, die in der Lage sind, Wachstumsminderung und letztendlich Wachstumsunabhängigkeit zu beherbergen. Dazu gehört, Arbeit als geschlechtergerecht organisiertes, sozial eingebundenes Tätigsein zu verstehen. Die Suche findet im Medium eines Diskurses statt, der auf den ethischen Prämissen der universellen Menschenrechte und wechselseitiger Anerkennung von Gleichheit und Freiheit beruht und bemüht ist, diese auf immer weitere Arenen des sozialen Lebens auszudehnen. Ein solcher Diskurs wird notwendigerweise auch den Wandel des mit dem Wachstumsmodell verbundenen Wertesystems vorantreiben. Fehlgelenkte Konsumnormen, un-solidarisches Wettbewerbsdenken, vernutzender Umgang mit der Natur, Entkoppelung von Eigentum und Verantwortung und die zentrale Bedeutung der Erwerbsarbeit erhalten in diesem Diskurs lebenszugewandte und solidarische Alternativen.

Die schattierungsreich geführte Debatte über deliberative Demokratie verzweigt sich deutlich bei der Frage, wo Macht und Konsens zu verorten sind. Für eine an Jürgen Habermas (Habermas 1998) orientierte Lesart ist eine Gesellschaft umso demokratischer, je weniger die sozialen Beziehungen durch Macht konstituiert sind – je größer also der Konsensbereich ist. Demgegenüber skizzieren Ernesto Laclau und Chantal Mouffe (Laclau/Mouffe 1991) eine Logik des Politischen, in der Macht prozessural gebändigt und mit demokratischen Werten vereinbar ist. Konsens ist in dieser Sichtweise stets nur temporäres Ergebnis eines Kampfs um Definitionshoheit, Sinnstiftung und Hegemonie.

Im Hinblick auf das Ziel der Postwachstumsgesellschaft und mit Blick auf die tiefgreifenden, lange währenden Konflikte, die damit verbunden

sein dürften, stellt der Ansatz von Mouffe und Laclau ein anspruchsvolles, aber vielversprechendes Instrumentarium bereit. Mouffe und Laclau verstehen das Soziale und das Politische als diskursive Räume, in denen spezifische, interessengebundene Deutungen sich als der Allgemeinheit dienliche Problemlösungen zu installieren suchen, sich im Diskurs über gesellschaftliche Wirklichkeit aber immer wieder infrage stellen lassen müssen. Für dieses Verständnis von Demokratie ist grundlegend, den politischen Prozess nicht als Annäherung an eine im Prinzip auffindbare „wahre“ Bestimmung des Gemeinwohls zu verstehen, sondern Konflikt – auch Macht und Machtstreben – als konstitutiv für demokratische Politik zu betrachten. Ein solches Demokratieverständnis setzt stark auf die Vielfalt sozialer Bewegungen und also auf eine lebendige Zivilgesellschaft. Der Gegner ist nicht der Feind und jeder Konsens bleibt ob möglicher (selbst-)unterdrückender Qualitäten hinterfragbar und erneuter Öffnung zugänglich. Die Gesellschaft muss sich mit immer neu eingebrachten Themen und Ansprüchen auseinandersetzen. Ohne die Bereitschaft dazu wird ein emanzipatorischer Prozess weg vom Wachstumszwang nicht möglich sein.

### *3 Demokratie und gleichberechtigte Bürgerschaft*

Gibt es in den gegenwärtig praktizierten Formen von Bürgerpartizipation Anknüpfungspunkte, die einem solchen Entwurf von deliberativer Demokratie nahekommen und somit die Möglichkeit eröffnen, Politik nicht länger als Exekution eines zunehmend aberwitzigen Wachstumszwangs misszuverstehen? Und verfügen wir über ausreichend Öffnungen und Einladungen an die BürgerInnen, sich aktiv an Beratungs- und Entscheidungsprozessen zu beteiligen? In den letzten Jahren hat in Deutschland die Zahl direkter Bürgerbeteiligungen erheblich zugenommen. Diese sind teils experimenteller Art und thematisch gebunden, wie etwa im Rahmen der „Agenda 21“, teils in Gemeindereformen festgelegt. In Planungszeilen, Bürgerforen oder runden Tischen können BürgerInnen über lokale Belange beraten; sie können mittels Bürgerbefragung, Bürgerentscheid, Bürgerhaushalt, Bürgerbegehren jenseits parteigebundener parlamentarischer Verfahren in kommunale Belange intervenieren. Summarisch und als Tendaussage ist die Rede von der Bürgerkommune (Bogumil et al. 2003). Ihre Vorzüge sind vielfältige: Der Informationsgrad über öffent-

liche Entscheidungen und ihre Transparenz nehmen zu, Irritationen zwischen Verwaltung und BürgerInnen kann frühzeitig entgegengewirkt werden, ggf. auch mit positiven Rückwirkungen auf Verwaltungsabläufe und -strukturen, Dienstleistungen können besser und zielgerichteter erbracht werden.

Ob die Modalitäten der Bürgerkommune über die Optimierung kommunaler Steuerungsleistungen hinaus tatsächlich an systemische Fragen heranreichen, zu einem Zusammenhänge erfassenden Denken einladen und Alternativen zu einer Handlungslogik bieten, die von der Krise der kommunalen Finanzen dominiert wird, wird unterschiedlich gesehen und mag sich in lokalen Zusammenhängen verschieden darstellen. Die Antworten auf diese Fragen hängen auch von den jeweiligen lokalen Umständen ab. Die demokratische Bilanz von Bürgerbeteiligungen gibt aber durchaus Anlass zur Hoffnung: Die BürgerInnen sind weniger in der Bittstellerrolle. Sie fühlen sich besser informiert, rasonieren reflektierter und politisch wacher, lernen, von Autoritäten Rechenschaft einzufordern und mit offenen Situationen und einer Vielfalt moralischer Vorstellungen umzugehen. Zusätzliche, ggf. auch alternative Thematisierungen können aufkommen und, selbst wenn sie es nicht auf die Tagesordnung schaffen, unter den BürgerInnen weiter ihre Kreise ziehen. Es wächst die Tendenz, Beteiligung nicht mehr als opfervollen Dienst an der Gemeinschaft, sondern als wesentlichen Teil von Selbstverwirklichung und weltverbindender gesellschaftlicher Teilhabe zu verstehen.

Das sind wichtige Anknüpfungspunkte. Von hier aus gilt es, den Begriff des Politischen zu weiten. Technikoptionen müssen dabei genauso berücksichtigt werden wie die geschlechterpolitische Organisation der Arbeit in Privathaushalten und in der Wirtschaft insgesamt. Privat erbrachte Sorgeleistungen und gemeindliche Tätigkeiten müssen in flexible Arrangements eingebettet werden (siehe dazu den Beitrag von N. Reuter in diesem Band), die auch staatliche und privatwirtschaftliche Akteure in die Pflicht nehmen. Schließlich wird eine auf Wachstumsminderung zielende Strategie, wenn sie Einfluss auf die Steuerung des Wirtschaftsprozesses gewinnen soll, zum einen auf die großen Mitbestimmungsdebatten und auf die Erfahrungen mit Mitbestimmungsstrukturen in Betrieben zurückkommen müssen; zum anderen muss sie die in Genossenschaften und anderen Modellen demokratischer Selbstverwaltung gemachten Erfahrungen auswerten und ausweiten.

#### 4 *Räumliche Ebenen gleichberechtigter Bürgerschaft*

Im Lokalen lassen sich Alternativen zum unhinterfragten Wachstumszwang mit seinen Handlungslogiken vermutlich leichter aufzeigen als auf nationaler und internationaler Ebene. Auf jeden Fall ist es unerlässlich, die Parameter und Legitimierungen, die der gegenwärtigen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zugrunde liegen, selbst zur Debatte zu stellen. Um die Bereiche dessen, worüber bürgerschaftlich beraten und entschieden werden kann, zu erweitern und zu vertiefen, und um auf einen wachstumsunabhängigeren Pfad gesellschaftlicher Reproduktion hinwirken zu können, sind wiederum Transparenz und Rechenschaftslegung unverzichtbar.

Doch die lokale Ebene allein wird nicht genügen: Sie ist in regionale, nationale, internationale und globale Zusammenhänge und nicht zuletzt in die Konkurrenz auf internationalen Märkten eingebunden, die allesamt auf die Lokalitäten zurückwirken. Während eine Fülle von Beispielen kleinteiliger demokratischer Mit- und Selbstbestimmung existiert, in denen Formen eines egalitären und naturverträglicheren Umgangs erprobt werden, sieht es damit auf höheren und komplexeren Ebenen karger aus. Mit jeder höheren Ebene sind die notwendigen Verständigungen über die ethisch-politischen Prinzipien, die den deliberativen Diskurs leiten, schwieriger herzustellen, sind strategische Zielorientierungen heterogener und für Missverständnisse anfälliger, während politische Koalitionen komplexeren Zerreißproben ausgesetzt sind. Das hat nicht zuletzt damit zu tun, dass die unverzichtbaren und im Prinzip nicht kontroversen ethischen Dimensionen von Menschenwürde, Menschenrecht und menschlicher Entfaltung in konkreten politischen und gesellschaftlichen Zusammenhängen sehr unterschiedlich gedeutet werden.

Die großen Debatten der 1990er Jahre um denkbare Strukturen einer globalen demokratischen Weltordnung und einer kosmopolitischen Demokratie sind heute weitgehend verstummt. Der Niedergang der Vereinten Nationen und der rasante Aufstieg transnationaler privatwirtschaftlicher Unternehmen zu politisch gewichtigen globalen Akteuren haben die Hoffnungen auf institutionalisierte überstaatliche, gar globale Demokratie gedämpft. Parallel entfalteten sich widersprüchliche Prozesse. Auf der einen Seite werden zivilgesellschaftliche Organisationen als Repräsentanten gesellschaftlicher Interessen und Belange zunehmend zu den Beratungen multilateraler Akteure zugezogen, respektive haben sich

diese Rolle erkämpft. Das gilt manchen als erfolgreiche Demokratisierung. Auf der anderen Seite bieten sich *Private Public Partnerships* und *Private Governance* mit ihrer selektiven Beteiligung anschlussfähiger regierungsunabhängiger Organisationen (NGOs) als legitime Formen globalisierten Regierens an und gewinnen mangels genuin demokratischer Lösungen in wachsendem Maße internationale Akzeptanz.

Umriss globaler demokratischer Lösungen und Forderungen an die Staaten der industrialisierten Welt hinsichtlich einer ökologisch und sozial ausgewogen gestalteten Abkehr vom Wachstumspfad und eines sorglichen und gerechten Umgangs mit Gemeinschaftsgütern finden sich in der feministisch inspirierten politischen Philosophie und den Diskussionen der sozialen Bewegungen nicht zuletzt in den Ländern des globalen Südens (Nussbaum 1999, Benhabib 2000, Kabeer 2005, Fraser 2008). Hier löst sich der Begriff von Bürgerschaft aus vorgegebenen räumlichen Zuordnungen. Gefordert wird eine öffentliche Debatte über alle den Alltag der Menschen berührenden Ebenen und Angelegenheiten. Gegenüber untransparenten, fragmentierten, privatwirtschaftlich dominierten Formen von Governance und ungenügender Rechenschaftslegung seitens machtvoller Akteure insistiert dieser Ansatz auf gleichberechtigter Bürgerschaft und inklusiver Partizipation, die auch materiell ermöglicht werden muss. Die Forderung lautet also: Bestehende Institutionen, staatliche, markt- und zivilgesellschaftliche Akteure müssen in systematischer, anhaltender öffentlicher Deliberation demokratisiert werden; neue Institutionen müssen eine gerechte Teilhabe der BürgerInnen sichern. Dieser Vision von umfassender demokratischer Partizipation liegt ein Konzept von Gerechtigkeit zugrunde, das Verteilung, Anerkennung und Mitsprache einschließt.

### *Literatur*

- Benhabib, S. (2000): Kulturelle Vielfalt und demokratische Gleichheit. Politische Partizipation im Zeitalter der Globalisierung, Frankfurt am Main
- Biesecker, A., Mathes, M., Schön, S. (2000): Vorsorgendes Wirtschaften. Auf dem Weg zu einer Ökonomie des guten Lebens, Bielefeld
- Bogumil, J., Holtkamp, L., Schwarz, G. (2003): Das Reformmodell Bürgerkommune. Leistungen – Grenzen – Perspektiven, Berlin

- BUND, EED, Misereor (2008): *Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt. Ein Anstoß zur gesellschaftlichen Debatte*, Frankfurt am Main
- Cheyne, V. (2008): *Le choc de la décroissance*, Paris
- Daly, H.E. (1999): *Wirtschaft jenseits von Wachstum. Die Volkswirtschaft nachhaltiger Entwicklung*, Salzburg/München
- Fraser, N. (2008): *Scales of Justice. Re-imagining Political Space in a Globalizing World*, Cambridge
- Habermas, J. (1998), *Die post-nationale Konstellation. Politische Essays*, Frankfurt am Main
- Jackson, T., Sustainable Development Commission (2009): *Prosperity without Growth? The transition to a sustainable economy*, London (abrufbar unter [www.sd-commission.org.uk/publications/downloads/prosperity\\_without\\_growth\\_report.pdf](http://www.sd-commission.org.uk/publications/downloads/prosperity_without_growth_report.pdf))
- Kabeer, N. (Hrsg.) (2005): *Inclusive Citizenship. Meanings and expressions*, London
- Laclau, E., Mouffe, C. (1991): *Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus*, Wien
- Latouche, S. (2007): *Petit traité de la décroissance sereine*, Paris
- Lösch, B. (2005): *Deliberative Politik. Moderne Konzeptionen von Öffentlichkeit, Demokratie und politischer Partizipation*, Münster
- Meadows, D.H., Meadows, D.L., Randers, J., Behrens, W.W. (1972): *Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit*, Stuttgart
- Nussbaum, M. (1999): *Gerechtigkeit oder Das gute Leben*, Frankfurt am Main